Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 1 (1975)

Artikel: Sozio-oekonomische Entwicklung : Anregung oder Hemmschuh fuer Partizipation?

Autor: Geissler, Rainer

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-815135

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweiz.Z.Soziol./ Rev.suisse Sociol. no 1/75 Seiten 129-156

SOZIO-OEKONOMISCHE ENTWICKLUNG - ANREGUNG ODER HEMMSCHUH FUER PARTIZIPATION ?

Rainer Geissler

Die unterschiedlichen Varianten des Partizipationsbegriffes haben einen gemeinsamen Kern: wer von Partizipation spricht, meint damit die Teilnahme an den Herrschaftsentscheidungen durch die Basis, d.h. durch diejenigen, die von den Auswirkungen dieser Entscheidungen berührt werden. Partizipation hat die Funktion, die Interessen der Basis in die Herrschaftsentscheidungen einzubringen. Partizipation ist somit das zentrale Element des Demokratiebegriffes, zumindest dann, wenn man unter Demokratie diejenige Herrschaftsform versteht, in der sich die Entscheidungen der Herrschaftsträger an den Bedürfnissen der Basis orientieren.

Das Problem, wie sich Veränderungen in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur auf die Partizipation auswirken, ist in der sozialwissenschaftlichen Literatur aus sehr unterschiedlichen Perspektiven behandelt worden. Es geht in diesem Beitrag darum, die unterschiedlichen Ansätze mit ihren Ergebnissen kritisch zu skizzieren unter der Fragestellung, ob sich im Zuge der sozioökonomischen Entwicklung in den westlichen Demokratien die sozialstrukturellen Voraussetzungen für Partizipation verbessert oder verschlechtert haben.

1. DIE THESE DES EMPIRISCH-ANALYTISCHEN ANSATZES: DER INDUSTRIALISIERUNGSPROZESS BEGUENSTIGT DIE DEMOKRATISCHE PARTIZIPATION DER BREITEN BEVOELKERUNG.

1.1. Die These

"Mass political participation increases as nations become more economically developped."(1). Diese Aussage kann man als Quintessenz einer ganzen Reihe von angelsächsischen Analysen - meist Mobilisierungs- und Modernisierungsstudien - auffassen. Sie untersuchen Gesellschaften mit unterschiedlichem Grad wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, um im interkulturellen Vergleich die Auswirkungen sozioökonomischen Wandels auf das politische System, insbesondere auf die politische Teilnahme der Bevölkerung in den Griff zu bekommen.

Lerner weist in seiner bekannten Studie über die Länder des Nahen Ostens enge Beziehungen zwischen Verstädterung, Ausbildungsniveau, Alphabetismus, Nutzung der Massenmedien und Wahlbeteiligung nach. Er interpretiert die Entwicklung der sozioökonomischen Variablen als den historischen Prozess der Modernisierung, dessen "krönende Institution" im politischen Leben die demokratische Staatsform sei (2). Auch in anderen Mobilisierungsstudien (3) werden enge Beziehungen zwischen Wahlbeteiligung einerseits, Verstädterung, Pro-Kopf-Einkommen und Ausbildungsstand andererseits festgestellt und mit folgenden theoretischen Ueberlegungen erklärt: Wirtschaftliche Entwicklung verändert die Sozialstruktur der Gesellschaft und erfordert (erhöhte Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften) bzw. ermöglicht (grössere finanzielle Mittel) die Anhebung des Ausbildungsniveaus, und diese Veränderungen wiederum bewirken eine höhere Teilnahme der Bevölkerung an den Wahlen. Das Leben in der Stadt schaffe zudem bei der Bevölkerung ein engeres Verhältnis zur nationalen politischen Szene, es intensiviere die politische Kommunikation und mache dem Bürger seine sozialen und politischen Bedürfnisse stärker bewusst.

Die Studie von Nie, Powell und Prewitt, aus der das einführende Zitat stammt, vertieft die Ergebnisse der Mobilisierungsstudien in doppelter Hinsicht: während vorher nur die Wahlbeteiligung als Indikator für die politische Teilnahme verwendet und damit der Begriff der politischen Partizipation stark verkürzt wurde, benutzen Nie u.a. einen multiplen Partizipationsindex, in den auch andere Formen der politischen Partizipation (Beteiligung an politischen Diskussionen, Mitgliedschaft in politischen Organisationen u.ä.) sowie sozialpsychologische Dimensionen der politischen Partizipation (politisches Interesse, Gefühl der politischen Wirksamkeit u.ä.) eingegangen sind. Des weiteren versuchen sie, Kausalbeziehungen aufzuspüren zwischen den einzelnen Elementen der Komplexe wirtschaftliche Entwicklung, Sozialstruktur und politisches Verhalten, die in den Mobilisierungsstudien z.T. ohne theoretische Verbindung nebeneinanderstehen. Ihre Pfad-Analyse führt zu folgendem Ergebnis: Die Industrialisierung bewirkt drei wesentliche Veränderungen der Sozialstruktur: Verstädterung, Anwachsen der mittleren und oberen Schichten auf Kosten der unteren Schichten, Entstehung eines differenzierter und dichter werdenden Netzes von Sekundärorganisationen. Dieser soziale Wandel wiederum beeinflusst das politische Verhalten: Die Zugehörigkeit zu den mittleren und oberen Schichten sowie die Mitgliedschaft in Sekundärorganisationen veranlassen den einzelnen zu verstärkter politischer Information, erzeugen politisches Interesse und das Gefühl, auch als einzelner an politischen Entscheidungen wirkungsvoll teilnehmen zu können. Diese Veränderungen im Informationsniveau und in den politischen Grundeinstellungen bewirken wiederum eine verstärkte aktive Teilnahme am politischen Leben.

Die Hypothesen der "historischen" Theorie der politischen Partizipation werden von den Ergebnissen des "ahistorischen", behavioristischen Ansatzes zur Analyse politischen Verhaltens bestätigt. Umfragen ergaben, dass Bildungsniveau, sozioökonomischer Status und Wohnort wichtige Determinanten der politischen Beteiligung sind (5).

Obwohl bereits in den 20er Jahren und später auch in den 40er Jahren in verschiedenen Untersuchungen Skepsis gegenüber den Zukunftsaussichten der Massendemokratie im Industriezeitalter auftauchte - vor allem die Unterhaltungs- und Konsumsphäre wurde als zerstörerische Konkurrenz für den politischen Bereich betrachtet (6) - gibt sich die Mehrzahl der empirisch-analytischen Studien optimistisch. Auch Lipset betrachtet Wohlstand, Industrialisierung, Verstädterung und hohes Bildungsniveau als die wesentlichen sozioökonomischen Voraussetzungen für das Entstehen und Gedeihen einer demokratischen Staatsform, wenn er auch eine langfristige Prognose über die Entwicklung der Wahlbeteiligung wegen mangelhafter empirischer Daten nicht wagt (8).

Der Ansatz der Mobilisierungsstudien bzw. der empirisch-analytischen Partizipationstheorie weist zwei grosse Schwächen auf:
1. Sein theoretisches Fassungsvermögen reicht zur Erklärung der politischen Partizipation in industrialisierten Ländern nicht aus.
2. Sein Partizipationsbegriff ist so eng gefasst, dass wesentliche Probleme der politischen Teilnahme in der komplexen Industriegesellschaft gar nicht in das Blickfeld des nach diesem Ansatz arbeitenden Forschers kommen.

1.2. Die mangelhafte theoretische Kapazität

Die Variablen, die die empirisch-analytische Partizipationstheorie berücksichtigt, können zwar Unterschiede in der politischen Teilnahme zwischen Gesellschaften mit sehr unterschiedlichem sozioökonomischen Entwicklungsstand erklären. Sie erhärten auch empirisch die marxistische Theorie von der fundamentalen Bedeutung der Entwicklung der Produktivkräfte für den politischen Ueberbau. Zur Erklärung der politischen Partizipation in den industrialisierten Ländern, insbesondere zur Erklärung unterschiedlicher Entwicklungstrends in verschiedenen Industrieländern und in unterschiedlich entwickelten Regionen der Industrieländer reicht jedoch ihre theoretische Kapazität nicht aus. Dies gilt auch für den am besten gepflegten Bereich der Partizipationsforschung, für die Wahlforschung. Obwohl die Wahlforschung über die am weitesten entwickelte empirisch-analytische

Theorie der politischen Wissenschaften verfügt, ist ihre Fähigkeit, langfristigen Wandel im Wählerverhalten zu erklären oder zu prognostizieren, äussert gering.

Im folgenden soll am "abweichenden Fall" der Schweiz gezeigt werden, wie mangelhaft die Erklärungskraft des empirisch-analytischen Ansatzes ist und welche Variablenkomplexe eine Partizipationstheorie, die langfristigen Wandel im politischen Verhalten erklären möchte, in ihrem Bezugsrahmen berücksichtigen muss.

Folgt man der empirisch-analytischen Partizipationstheorie, so würden die sozialstrukturellen Bedingungen für hohe Teilnahmeraten in der Schweiz immer günstiger: zunehmende Industrialisierung, steigender Wohlstand, steigendes Bildungsniveau, zahlenmässige abnehmende Grundschicht und wachsender Mittelstand (in der Schweiz ist diese Umschichtung besonders stark ausgeprägt, weil die wirtschaftlich notwendigen Klassen der Arbeiter und unteren Dienstleistungsberufe zu grossen Teilen von nicht stimmberechtigten Gastarbeitern besetzt werden) - alle diese Momente sozialen Wandels lassen eine Beständigkeit, wenn nicht sogar einen Anstieg der politischen Teilnahme erwarten. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Der Schweizer Stimmbürger nimmt seine - im Verhältnis zu anderen Repräsentativdemokratien gut ausgebauten - Teilnahmechancen immer weniger wahr. Die Beteiligung der Bürger an Wahlen und Abstimmungen auf allen Ebenen des politischen Systems - Gemeinde, Kanton, Bund - nimmt seit Jahren in teilweise beängstigendem Ausmass ab (9). Da sich die Teilnahmekrise der schweizerischen Referendumsdemokratie mit der empirisch-analytischen Partizipationstheorie nicht erklären lässt, bedeuted das: die Theorie lässt wesentliche Determinanten ausser acht, die sich teilnahmehemmend auswirken und die die von der Theorie berücksichtigten teilnahmebegünstigenden Faktoren überlagern. Vernachlässigt werden sowohl Variablen des politischen Systems als auch solche der sozioökonomischen Basis. Aus dem Zusammenspiel beider Variablenkomplexe heraus wird der Partizipationsrückgang erklärbar.

Zunächst zu den Entwicklungen im politischen System. Langfristig unterlag die Schweiz zwei in diesem Zusammenhang wichtigen Tendenzen: zunehmende Stabilisierung der Machtverhältnisse und abnehmende Konfliktintensität. Eine seit Jahren etablierte, vom gewählten Parlament sehr unabhängige Allparteienregierung (10) ohne echte parlamentarische Opposition hat die parteipolitischen Gegensätze eingeebnet und die Parlamentswahlen relativ bedeutungslos gemacht; wesentliche Machtverschiebungen lassen sich durch Wahlen nicht bewirken. Dazu garantiert die institutionalisierte Vernehmlassung den organisierten Interessengruppen einen grossen Ein-

fluss auf das vorparlamentarische Gesetzgebungsverfahren. Der Interessenausgleich vollzieht sich dabei in einem gegenüber der Oeffentlichkeit weitgehend abgeschirmten Raum (11). Die Stabilisierung der Proporzregierungen und die Institutionalisierung der Einflussmöglichkeiten der organisierten Interessen führten dazu, dass auf die plebiszitäre Austragung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Konflikte zunehmend verzichtet wurde, um die in zeitraubenden Verhandlungen erzielten Kompromisse nicht zu gefährden. Diese teilnahmehemmenden Entwicklungen konnten nicht durch eine Personalisierung der Politik aufgefangen werden, ein Element des politischen Systems, das in anderen Demokratien die formale Teilnahme stimuliert. Eine Personalisierung des politischen Bereichs ist in der Schweiz nur beschränkt möglich, weil weder die kollegiale Regierungsform, noch die föderalistisch zersplitterte Vielparteienstruktur noch die Normen der politischen Kultur herausragenden Symbolfiguren Raum gewähren und weil sich die vielen Abstimmungskämpfe über Sachfragen weniger gut auf das Gegeneinander von Personen reduzieren lassen als Wahlkämpfe, in denen Politiker um das Mandat des Bürgers bitten.

Neben den Veränderungen im politischen System sind jedoch auch Entwicklungen in der sozioökonomischen Basis für den Teilnahmerückgang verantwortlich. Die Nivellierung der Gegensätze durch die skizzierten Mechanismen im politischen System wurde begünstigt - eventuell auch erst ermöglicht - durch eine krisenfeste Wirtschaft, die steigenden Wohlstand für breite Bevölkerungsgruppen garantierte und die sozialen Konflikte entschärfte. Der spätkapitalistische Interventionsstaat, der mit seinem Krisenmanagement für diese Stabilität sorgt, trägt auch noch auf andere Weise ungewollt zum Rückgang der Teilnahme bei: durch seine zunehmenden Eingriffe bei sozialen Problemen und in die Bereiche von Wirtschat und Finanzen, von Bildung, Erziehung und Wissenschaft, von Energie, Verkehr und Umweltschutz nimmt seine Bedeutung für das tägliche Leben des Bürgers zwar zu; andererseits entschärfen seine regulierenden Massnahmen bestehende Spannungen und verhindern das Entstehen von Krisensituationen, die dem Bürger die Bedeutung der staatlichen Tätigkeiten voll zum Bewusstsein bringen (12). Gelungenes staatliches Krisenmanagement, das von einer abnehmenden Konfliktintensität des politischen Systems begleitet ist, schläfert den Bürger ein. Er glaubt, auf die Wahrnehmung seiner Teilnahmechancen verzichten zu können.

Ein weiterer wichtiger teilnahmehemmender Faktor ist die zunehmende Urbanisierung. Das erscheint zunächst überraschend, weil die empirisch analytische Partizipationstheorie das Leben in der Stadt als Stimulus für die politische Teilnahme - zumindest für die überlokale Ebene des politischen Systems - ansieht (13). Sowohl die

Querschnitt-(14) als auch die Längsschnittanalysen (15) für die Schweiz zeigen jedoch, dass sich der Verstädterungsprozess negativ auf die Wahl- und Stimmbeteiligung und auf die Teilnahme an der politischen Basiskommunikation auswirkt. In den kleineren Landgemeinden bleibt die politische Teilnahme nahezu konstant, in den wachsenden Städten nimmt sie rapide ab, obwohl der Städter im Durchschnitt eine bessere Ausbildung hat, häufiger den mittleren und oberen Berufsgruppen angehört und stärker in Verbänden organisiert ist (16). Andererseits ist der Städter weitaus mobiler. Und in der grösseren Mobilität, die zusammentrifft mit zunehmender Gemeindegrösse und damit zunehmender Unüberschaubarkeit des sozialen und (lokalen) politischen Milieus, scheint auch der Schlüssel für die Erklärung der sinkenden politischen Aktivität in den grösseren Gemeinden zu liegen.

Geringe Mobilität und kleine Einwohnerzahlen erhalten in den kleinen Gemeinden bestimmte Formen der sozialen Beziehungen, des soziokulturellen Milieus und des sozialen Verhaltens, die politische Aktivität per se begünstigen und gleichzeitig teilnahmehemmende Faktoren, die von "aussen" kommen, abwehren. In der relativ gut überschaubaren "Dorfgemeinschaft" ist der politische Bereich noch gut mit dem sonstigen sozialen Leben verwachsen, der Urnengang ist ein geselliges Ereignis. In einem relativ dauerhaften Netz persönlicher Beziehungen - in der Nachbarschaft, in Vereinen, am Arbeitsplatz - wird der Bürger zum politischen Gespräch angeregt, hat er persönliche Kontaktstellen zum Zentrum der politischen Aktivitäten (Meinungsführer, Politiker, Bekannte von Politikern). Die zunehmende Komplexität der politischen Probleme stiftet nicht so starke Verwirrung, weil besondere Reduktionsmechanismen (17) zur Verfügung stehen: traditionsgeleitetes Verhalten, Meinungsführer und eine relativ homogene und daher übersichtliche kulturelle und auch politische Struktur (18). Auch andere teilnahmehemmende Entwicklungstendenzen der modernen Gesellschaft - wie Krisenfestigkeit, steigender Wohlstand - stossen auf dem Lande auf ein relativ festes Normengefüge, das sie nicht so leicht zur Wirkung kommen lässt: die bestehende Norm zur politischen Aktivität lässt sich in einem traditionsbetonten Milieu mit guten Möglichkeiten der sozialen Kontrolle nichts so leicht erschüttern.

Der Verstädterungsprozess dagegen zersetzt die soeben kurz skizzierten Formen der sozialen Beziehungen, des sozio-kulturellen Milieus und des sozialen Verhaltens. Im stärker ausdifferenzierten sozialen System der grösseren Gemeinden löst sich der politische Bereich vom übrigen sozialen Leben ab und rückt für den Bürger in eine weitere Ferne. Die Sozialbeziehungen im allgemeinen sind durch grössere Distanz gekennzeichnet, sowohl in der Nachbarschaft als auch in Sekundärgruppen wie Verbänden oder an einem grossbetrieblichen Arbeitsplatz. Sie sind dem politischen Gespräch, das

ein gewisses Mass an Vertrautheit voraussetzt, abträglich. In ihnen versickern aktivierende Impulse, die von einem in grössere Ferne gerückten politischen Zentrum ausgehen. Einige Mechanismen zur Reduktion von politischer Komplexität - wie Tradition, Meinungsführer - sind in grösseren Gemeinden weniger stark ausgebildet. Statt dessen verursacht steigende Mobilität eine soziale, kulturelle und politische Vielfalt, (19) in der die Orientierungsschwierigkeiten und damit auch die politische Enthaltsamkeit zunehmen. Zudem ist im anonymeren Milieu der grösseren Gemeinden das politische Verhalten des einzelnen der Kontrolle durch andere, durch eine "Gemeindeöffentlichkeit", weitgehend entzogen. Normen politischen Verhaltens sind anfälliger für Wandel und stärker den "von aussen" kommenden teilnahmehemmenden Entwicklungen ausgesetzt.

Welches Fazit lässt sich aus dem "abweichenden Fall" der Schweiz für die empirisch-analytische Partizipationstheorie ziehen? Das theoretische Fassungsvermögen muss erweitert werden durch die Berücksichtigung wesentlicher Faktoren aus dem politischen und sozioökonomischen System, die sich allerdings nur schwer quantifizieren lassen. Zur Erklärung der rückläufigen Teilnahmeraten in der Schweiz zogen wir die folgenden bisher vernachlässigten Variablenkomplexe heran: Konfliktintensität des politischen Systems und der sozialen Basis, Grad der Oeffentlichkeit der Konfliktaustragung, Stabilität der Machtverhältnisse, Personisierungsgrad des politischen Bereichs, Uebersichtlichkeit des kulturellen und politischen Systems, Krisenfestigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, bzw. Erfolg des staatlichen Krisenmanagements, Grad der sozialen Mobilität, Grad der sozialen Kontrolle, Existenz von Mechanismen zur Reduktion von Komplexität in der politischen Basiskommunikation, Entfernung vom Zentrum der politischen Aktivität, Verflechtung von sozialem und politischem Leben bzw. Ausdifferenzierung der politischen und sozialen Systeme.

Man kann davon ausgehen, dass die modernen Gesellschaften in ihrer sozioökonomischen Basis ähnlichen Entwicklungstendenzen unterliegen, die teils stimulierende, teils hemmende Wirkung auf die politische Partizipation entfalten. Teilnahmeanregend wirken das steigende Bildungsniveau, die Umschichtung zugunsten der oberen und mittleren Schichten und der höhere Organisationsgrad in den Städten. Teilnahmehemmend dagegen wirken ein erfolgreiches Krisenmanagement, steigender Wohlstand, zunehmende gesellschaftliche Mobilität, abnehmende soziale Kontrolle (sofern vorher Normen bestanden, die Teilnahme fordern), zunehmende Vielfalt im sozialen und kulturellen Leben, zunehmende Distanz des politischen Bereichs und der Zentren politischer Aktivität vom übrigen sozialen Leben, zunehmende Abstraktheit

der Sozialbeziehungen und des weiteren eine Entwicklung, die hier bisher noch nicht erwähnt wurde: die Verlängerung des menschlichen Lebensalters und damit die Verschiebung im Altersaufbau der Bevölkerung zugunsten der älteren, weniger teilnahmefreudigen Jahrgänge.

Ob in einer Gesellschaft eher die teilnahmeanregenden oder die teilnahmehemmenden Tendenzen überwiegen, hängt davon ab, ob das politische System negative Entwicklungen in der sozioökonomischen Basis durch teilnahmestimulierende Elemente auffängt oder nicht. An der Schweiz lässt sich demonstrieren, wie ein politisches System die sozialstrukturellen Tendenzen zur politischen Abstinenz durch starre Machtverhältnisse, nicht-öffentliche Konfliktaustragung und Unübersichtlichkeit des politischen Bereichs begünstigt, anstatt ihnen zu begegnen. Andere politische Systeme konterkarieren derartige Tendenzen: die Entschärfung der sozialen Gegensätze durch ein relativ konfliktintensives politisches Leben (Gegeneinander von Regierung und Opposition mit der Chance des Machtwechsels, verbunden mit öffentlicher Austragung von Zielkonflikten); die zunehmende kulturelle und soziale Vielfalt durch die Integration der unterschiedlichen Interessenlagen in einem übersichtlichen Zwei- bzw. Dreiparteiensystem; die zunehmende Abstraktheit des politischen Bereichs durch die - vom aufklärerischen Standpunkt aus problematische - Personalisierung der Politik.

Eine umfassende Theorie der politischen Partizipation hätte neben den Variablenkomplexen aus dem politischen System und aus der sozioökonomischen Basis auch die wichtigsten Institutionen der politischen Sozialisation - Familie, Schule und Arbeitsplatz - mit zu berücksichtigen.

1.3. Der "behavioristisch" reduzierte Partizipationsbegriff

Die auf empirisch-analytischem Wege gewonnenen Hypothesen über den Zusammenhang von sozialem Wandel und politischer Partizipation haben zwar den Vorteil, nomologische Zusammenhänge mit quantitativen Methoden aufzeigen zu können, dem Zwang zur Quantifizierung fallen jedoch neben wesentlichen Einflussfaktoren auf die Teilnahme auch noch Aspekte des Partizipationsprozesses zum Opfer, die für die Teilnahmeproblematik in komplexen Gesellschaften von entscheidender Bedeutung sind. Die empirisch-analytische Partizipationstheorie arbeitet mit einem Partizipationsbegriff, der das Phänomen der Teilnahme auf individuelles oder kollektives Verhalten bzw. auf individuelle oder kollektive Einstellungen reduziert - auf den Gang zur Wahlurne, politische Gespräche, Lektüre von Massenmedien, politisches Interesse, Gefühl der politischen Wirksamkeit u.ä. Ohne Zweifel sind Bürgeraktivitäten ein wichtiger Bestandteil der politischen Teilnahme. Ein behavioristisch verkürzter Par-

tizipationsbegriff klammert jedoch die noch wichtigere Frage im Zusammenhang mit der Interessenvermittlung zwischen Basis und Herrschaftsträgern, die Frage nach den Einflusschancen der Bürgeraktivitäten auf die politischen Entscheidungen aus. Er lässt die politischen und sozioökonomischen Strukturen, in die das Verhalten des einzelnen eingebettet ist und durch die es Wirkung entfalten kann, unberücksichtigt. Im Mittelpunkt eines weiter gefassten, "strukturellen" Partizipationsbegriffs steht nicht das Verhalten der Bürger, sondern der gesamte komplizierte Prozess der Beeinflussung und Kontrolle von Entscheidungsträgern durch Teilnahme. Die Forschungsperspektive einer umfassenderen Partizipationstheorie entspricht etwa der Definition, die Verba einem Aufsatz über "democratic participation" voranstellt (wenn er auch in seinen Ausführungen wieder in die behavioristisch verkürzte Perspektive zurückfällt):

> "Loosely defined, democratic participation refers to the processes by which citizens influence or control those who make major decisions affecting them" (20).

2. DIE THESE DER KAPITALISMUSKRITIK: IM SPAETKAPITALISMUS VERWANDELT SICH PARTIZIPATION IN MANIPULIERTE AKKLAMATION

2.1. Die These

Die Vorstellung, dass sich in der bürgerlichen spätkapitalistischen Gesellschaft das Phänomen der Partizipation grundlegend qualitativ verändert hat, dass sich Selbstbestimmung in Fremdbestimmung, selbständige Individuen in fremdgesteuerte Massen, autonome Willenkundgebung in manipulierte Akklamation verwandelt hat, ist in pointierter Form erstmals von Mills in seiner Analyse der US-amerikanischen Machtstruktur formuliert worden. Die Vermassung der sozialen Sekundärorganisationen und der Niedergang ihrer Diskussionszirkel, der Verlust an Einsicht in die Strukturen, die das Leben des einzelnen bestimmen und die dadurch entstehende Existenzangst, die Stereotypisierung des Bewusstsein durch Reklame und Propaganda, die Ablenkung der Bevölkerung von den wesentlichen sozialen und politischen Problemen durch massenmediale Flucht- und Scheinwelten, die Einschüchterung der Bürger durch Massenmedien und Demagogen verwandeln demokratische Oeffentlichkeit in eine Massengesellschaft. Der entpolitisierten, vermassten Basis der Gesellschaft steht eine Gruppe von Herrschaftsträgern gegenüber, die durch die Bürokratisierung der Gesellschaft und die zunehmende Konzentration im wirtschaftlichen, militärischen und politischen Bereich über Herrschaftsinstrumente in bisher unbekanntem Ausmasse verfügen. Sie fällen die wich-

tigen Entscheidungen und holen sich die schein-demokratische Legitimation bei einer politisch willenlosen Bevölkerung, die sich, "von oben gesteuert, ... in entscheidenden Auseinandersetzungen in die Rolle einer demonstrierenden Menge hineinmanövrieren lässt."(21). Die These vom "Strukturwandel der Oeffentlichkeit" wurde dann von Habermas verallgemeinert und weiter ausgebaut (22) und ist inzwischen zu einem der Ecksteine der neo-marxistischen Analyse des spätkapitalistischen Systems geworden (23).

Die Kapitalismuskritik sieht die Partizipationsproblematik vor dem Hintergrund einer repolitisierten Klassengesellschaft. Die Entwicklung zum "organisierten","staatlich geregelten", "Spät-" Kapitalismus (24) ist begleitet von einer Ausdehnung des öffentlichen Sektors im ökonomischen System (staatlich kontrollierte Unternehmen sowie Privatunternehmen, die im wesentlichen von Staatsaufträgen leben) und von einer zunehmenden Interventionstätigkeit des Staates, der in die Funktionslücken des Marktes einspringt, um die Krisenanfälligkeit eines sich selbst regulierenden sozioökonomischen Systems herabzusetzen. Durch Aktivitäten im Bereich von Konjunktur-, Arbeitsmarkt-, Steuer-, Finanz-, Sozial-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik beeinflusst der Staat die Randbedingungen der privaten Unternehmerentscheidungen und verbessert die Verwertungsbedingungen des Kapitals. Die zunehmenden Eingriffe des Staates in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess bedürfen der Legitimation durch die Zustimmung der Bevölkerung in allgemeinen Wahlen (25), so dass der steigende Legitimationsbedarf das "Systemproblem der permanenten Loyalitätssicherung" (26) mit sich bringt.

Die Legitimations- und Loyalitätsproblematik des spätkapitalistischen Staates ist wiederum geprägt durch Interessen- und Strukturwidersprüche, die es zu überbrücken bzw. zu verschleiern gilt. Der Staat sieht sich "kontradiktorische(n) Imperative(n) der Erfüllung kapitalistischen Klasseninteresses und der demokratischen Legitimation" (27) ausgesetzt, er muss die Widersprüche zwischen kapitalistischen und nichtkapitalistischen Strukturelementen (28), zwischen den Verwertungsinteressen des Kapitals, die eine Rücksichtnahme auf Verbrauchswerte verbieten, und den gebrauchswertorientierten Forderungen der Bevölkerung in Einklang bringen. Dieses Problem wird gelöst durch ein System, das Habermas "formale Demokratie" nennt:

> "Partizipation der Staatsbürger an den politischen Willensbildungsprozessen, also materiale Demokratie, müsste den Widerspruch zwischen der administrativ vergesellschafteten Produktion und einer nach wie vor privaten Aneignung und Verwendung des Mehrwerts zu Bewusstsein bringen. Um diesen Widerspruch der Thematisierung zu entziehen, muss das administrative System gegenüber der legitimierenden Willensbildung hinreichend autonom sein.

> Der Zuschnitt formaldemokratischer Einrichtungen und Prozeduren sorgt dafür, dass die Entscheidungen der Administration weitgehend unabhängig von bestimmten Motiven der Staatsbürger gefällt werden können. Dies geschieht durch einen Legitimationsprozess, der generalisierte Motive, d.h. inhaltlich diffuse Massenloyalität beschafft, aber Partizipation vermeidet. Der Strukturwandel der bürgerlichen Oeffentlichkeit schafft für die formaldemokratischen Einrichtungen und Prozeduren Anwendungsbedingungen, unter denen die Staatsbürger inmitten einer an sich politischen Gesellschaft den Status von Passivbürgern mit Recht auf Akklamationsverweigerung einnehmen." (29).

Die Oeffentlichkeit, in der sich der Staat pseudo-demokratisch legitimiert, ist strukturell entpolitisiert. Durch die Personalisierung von Sachfragen, durch Appelle ans Unterbewusstsein, an Emotionen und Vorurteile, durch Hochspielen von Nebensächlichkeiten und Herunterspielen der relevanten sozialen und politischen Fragen, durch Privatisierung der politischen Sphäre wird der politisch enthaltsame Bürger in gewissen Grenzen manipuliert (30). Das wachsende Vermögen der Industriegesellschaft, den karriere-, freizeit- und konsumorientierten Massen soziale Entschädigungen in Form von Einkommen, Freizeit und Sicherheit anzubieten, erleichtert die Legitimationsbeschaffung (31).

Das faktische Partizipationsdefizit in der spätkapitalistischen Gesellschaft wird durch eine "realistische" Demokratie-Theorie gerechtfertigt, in der der normative Kern der aufklärerisch-bürgerlichen Demokratie-Konzeption stark reduziert wird: das Prinzip emanzipatorischer Selbstbestimmung durch Partizipation wird teilweise oder ganz aufgegeben zugunsten eines Wettbewerbs rivalisierender Eliten um die Wählerstimmen (32) oder zugunsten des vorrangigen Ziels der Systemstabilität, die ein gewisses Mass an politischer Apathie erfordert (33).

2.2. Kritik der These

Der Kapitalismuskritik gelingt es, mit dem Rückgriff auf Marx'sche Kategorien zur Analyse der politökonomischen Machtstruktur und durch die Verwendung neomarxistischer Kategorien zur Analyse der politischen Kommunikationsstruktur den Blick für ein zentrales Problem der Partizipation in komplexen Gesellschaften zu schärfen: für das Problem der Herrschaftslegitimation durch Manipulation. Dabei ist allerdings der wissenschaftslogische Status der Aussagen problematisch. Mills und ursprünglich auch Habermas (1965) betrachteten ihre Begriffe und Theorien als idealtypische Uebersteigerungen von Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Gesellschaft. Gegenläufige Entwicklungen wurden in Rechnung gestellt: die amerikanische bzw. die bürgerliche Gesellschaft

sind z.B. gekennzeichnet durch die Konkurrenz von demokratischer und manipulierter Oeffentlichkeit (34), von kritischer und manipulativer Publizität (35), wenn auch die Tendenzen der letzteren überwiegen. Bei Offe und auch in den späteren Schriften von Habermas gewinnt man jedoch den Eindruck, als erhebe die Theorie den Anspruch, die spätkapitalistische Gesellschaft in ihren wesentlichen Elementen beschreiben und erklären zu können.

Zu diesem Anspruch sind zwei kritische Bemerkungen notwendig:

1. Wenn sich das auf "Totalität" gerichtete theoretische Denken auch nicht durch neopositivistische Empiriegläubigkeit enge Grenzen setzen lässt, so muss es sich doch punktuell der empirischen Kritik aussetzen. Da eine solche Kritik den Rahmen dieser Skizze überstiege, sei in diesem Zusammenhang nur eine kurze Bemerkung zur politischen Kommunikation gemacht: Eine Bestandsaufnahme der empirischen Ergebnisse, die zu der durch Massenmedien vermittelten politischen Basiskommunikation in der BRD vorliegen, zeigt, dass sich die Wirklichkeit des Massenkommunikationsvorgangs mit einem "dialektischen", von widersprüchlichen Tendenzen ausgehenden Ansatz mit entsprechenden dichotomischen Kategorien besser einfangen lässt als mit einem "einseitig-kritischen" Konzept der entpolitisierten, manipulierten Oeffentlichkeit. In der politischen Basiskommunikation der BRD liegen manipulative und demokratische Tendenzen miteinander im Streit (36). Entsprechendes dürfte auch für den Vermittlungszusammenhang zwischen den Interessen der Bevölkerung und den politischen Entscheidungen im allgemeinen gelten. Eine Theorie, die hauptsächlich Manipulation und "Motivationsmanagement" (37) unterstellt, tendiert dazu, das (wenn auch unvollkommene Interessen- und Wertberücksichtigungspotential des politischen Systems zu übersehen.

2. Da die Kapitalismuskritik die Partizipationsproblematik vor allem aus dem Blickwinkel der neomarxistischen Klassentheorie und deren Annahmen über Interessenwidersprüche betrachtet und daher auch einseitig auf kapitalistische Staaten zugeschnitten ist, bleiben wesentliche Fragen unberücksichtigt, die sich aus dem allgemeinen Differenzierungsprozess der Gesellschaft herleiten. Partizipationsprobleme, die mit der zunehmenden Komplexität der modernen Gesellschaft zusammenhängen, stellen sich in ähnlicher Form für alle Systeme, die vor der Aufgabe stehen, in ihren Herrschaftsentscheidungen Interessengegensätze in angemessener Form berücksichtigen zu müssen.

3. DIE AMBIVALENTEN FOLGEN ZUNEHMENDER KOMPLEXITAET FUER DIE POLITISCHE PARTIZIPATION : AUSDEHNUNG DER PARTIZIPATIONSCHANCEN UND PARTIZIPATIONSKRISE.

3.1. Die Erweiterung der Partizipationschancen

Die Entwicklung der politischen Systeme der Industriegesellschaften war in den vergangenen zweieinhalb Jahrhunderten durch den Vorgang zunehmender Demokratisierung gekennzeichnet. Hondrich sieht den Motor dieses historischen Prozesses in Richtung verbesserter Partizipationschancen der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen in der zunehmenden Arbeitsteilung, vor allem in der zunehmenden Komplexität der industriellen Produktionsstätten. Sie bewirkt eine Einebnung des Qualifikations- und Leistungsgefälles zwischen den oberen und unteren Ebenen der hierarchisch strukturierten Wirtschaftsorganisationen und damit einen Abbau ökonomischer Macht. Der aus der systemnotwendigen Verbreitung von Fachwissen und Leistung herrührende Machtzuwachs der unteren und mittleren Schichten steigert deren Partizipationspotential. Das politische System trägt dieser Machtverschiebung im wirtschaftlichen Bereich, dem funktionalen Bedeutungszuwachs der unteren Schichten und ihrem gesteigerten Partizipationsbedürfnis dadurch Rechnung, dass es die Partizipationsmöglichkeiten ausdehnt, wenn es nicht durch intensive soziale Konflikte erschüttert ist und wenn die Herrschaftsträger in der Lage sind, die Machtverhältnisse richtig einzuschätzen. "Der Prozess der Arbeitsteilung selbst wird damit - langfristig - zur Grundlage und zum Motor politischer Demokratisierung". (38).

Durch die Ausdehnung der politischen Teilnahmechancen fängt das politische System kapitalistischer Gesellschaften den vom wirtschaftlichen Bereich ausgehenden Partizipationsdruck auf und schont dadurch die Herrschaftsstrukturen der Wirtschaftsorganisationen. Es entsteht das für kapitalistische Gesellschaften typische Nebeneinander von politischer Demokratie und wirtschaftlicher Autokratie.

3.2. Die Partizipationskrise

Die Auswirkungen der zunehmenden Differenzierung sind jedoch ambivalent: einerseits werden breiten Kreisen der Bevölkerung formale Partizipationschancen eröffnet, andererseits wird die Wahrnehmung dieser Chancen immer mehr erschwert. Die wachsenden Verflechtungen sich ausdifferenzierender Systeme, die zunehmenden Interventionen des Staates in diesen komplexen Strukturen, die Positivierung des Rechts und die damit verbundene Notwendigkeit des Staates, die normativen Prämissen seiner Entscheidungen stets von neuen infragezustellen oder zu suchen (39), die fortschreitende Ver-

wissenschaftlichung des politischen Handelns bei Zielsetzung und Mittelwahl haben die politischen Entscheidungen so sehr verkompliziert, dass sowohl die Einsicht der Bürger in die politische Problematik als auch die Berücksichtigung der Wünsche und Vorstellungen der Basis durch die politischen Herrschaftsträger sehr erschwert wird.

> "Participation has precipitated a participation crisis. The fundamental question is age old: how can individuals meaningfully participate in systems of over increasing size and scale, or conversely, how can systems of large size respond to each and every individual? With increasing size and complexity the individual becomes submurged in numbers and confusion." (40).

Für den Bürger wächst die Distanz zu den Institutionen des politischen Bereichs. Zunehmende Komplexität und zunehmende Distanz vergrössern die Gefahr, dass die Herrschaftsträger den Bürger nach ihren Eigeninteressen manipulieren oder dass sich verselbständigende Herrschaftsapparate in ihrer Eigendynamik über die Interessen und Bedürfnisse der Basis hinwegregieren.

3.3. Ersatz von Partizipation durch Sachgesetzlichkeit

Diese Manipulationsproblematik, die in allen komplexen Gesellschaften mit Interessengegensätzen auftaucht, wird im Konzept des "technischen Staates" von Schelsky verkannt. Der historische Prozess der "Verwissenschaftlichung der Zivilisation", wie Schelsky einen wichtigen Aspekt zunehmender Komplexität bezeichnet, ersetze politische Entscheidungen durch Sachzwänge und funktionale Erfordernisse des Systems, Entscheidung und Herrschaft durch wissenschaftliche Analyse und sachliche Planung. Die Partizipation der Bevölkerung ist in diesem Konzept funktionslos geworden: "... an die Stelle eines politischen Volkswillens tritt die Sachgesetzlichkeit, die der Mensch als Wissenschaft und Arbeit selbst produziert." (41). Die Technokratie-Theorie übersieht nicht nur das komplizierte Zusammenspiel von Werten, Interessen und wissenschaftlicher Analyse bei politischer Planung und Entscheidung, sondern sie schlägt auch um in eine konservative Ideologie, wenn - unter Berufung auf Sachgesetzlichkeiten - die Kritik an bisher unausgesprochenen oder auch unbewussten Werten, die herrschaftlichem Handeln zugrundelagen, als "Ideologisierung" oder "Politisierung" abgelehnt wird (42).

3.4. Ersatz von Partizipation durch Systemrationalität

Obwohl auch Luhmann - ähnlich wie Schelsky - die Idee einer partizipatorischen Demokratie für historisch "überholt und am Ende" (43) hält, zieht er nicht ganz so radikal-techno-

kratische Konsequenzen aus der zunehmenden Komplexität. Für Luhmann sind die Erhaltung von Komplexität, Alternativen, Offenheit und eines weiten Selektionsbereiches Systemerfordernisse, die nur durch eine "ungewöhnlich hohe operative Autonomie des politischen Systems" (44) zu verwirklichen sind. Die Forderung nach einer "intensiven, engagierten Beteiligung aller" an den politischen Entscheidungsprozessen verweist Luhmann in den Bereich eines romantischen Utopismus. Eine Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen würde lediglich zur Fortschreibung des status quo führen und ausserdem bei den Partizipierenden ständige Frustration erzeugen, weil komplexe Entscheidungssysteme gezwungen sind, mehr Alternativen abzulehnen als anzunehmen (44a).

Die Bedenken Luhmanns gegen ein Mehr an direkter Demokratie im politischen System komplexer Gesellschaften bestehen zum Teil zu Recht. In der durch ihren kleinstaatlichen Charakter begünstigten Schweizerischen Referendumsdemokratie sind Krisenerscheinungen nicht zu übersehen, die ihre Ursachen z.T. in der zunehmenden Komplexität der Gesellschaft haben: Rückgang der Stimmbeteiligung (45); Schwerfälligkeit und verminderte Innovationsfähigkeit (46), die sich besonders bei komplexen Problemen wie Verfassungstotalrevisionen und wirtschaftlichen Fragen (47) sowie in besonders dynamischen Bereichen wie im Bildungswesen (48) negativ auswirken; Ausbildung eines gegenüber der Oeffentlichkeit abgeschirmten Verhandlungssystems zwischen Regierung und Interessengruppen, das einen wichtigen Teil des Entscheidungsprozesses absorbiert und der Oeffentlichkeit entzieht (49). In der komplexen Gesellschaft sind die politischen Entscheidungsprobleme zu zahlreich, und von den Lebenserfahrungen des Bürgers zu weit entfernt, als dass dieser es sich vom zeitlich und eventuell auch geistig notwendigen Aufwand her leisten könnte, sich intensiv im Detail zu beteiligen. Ebensowenig kann es sich der Staat leisten, alle komplizierten Einzelmassnahmen von der Zustimmung einer Stimmenmehrheit abhängig zu machen.

Problematisch wird die Argumentation Luhmanns allerdings dann, wenn zentrale Zielvorstellungen wie "Rationalität", "Vernunft" und sogar "Menschlichkeit" aus ihrem Zusammenhang mit konkreten menschlichen Bedürfnissen gelöst und in abstrakte Erfordernisse eines Systems verwandelt werden (50). Reduziert man die Ziele Rationalität und Menschlichkeit auf die Frage der Erhaltung von Komplexität, so beraubt man die Demokratie- und Partizipationsproblematik ihres eigentlichen menschlichen Aspekts. Menschlichkeit darf nicht in erster Linie Systemrationalität bedeuten, sondern Berücksichtigung der Bedürfnisse des konkreten Menschen, die das vom einzelnen abstrahierte System erst ausmachen und ihn ihm leben müssen. Menschlichkeit im Sinne von Bedürfnisberücksichtigung der Menschen steht in

einer komplexen Gesellschaft in einem anderen Zusammenhang mit Partizipation als Systemrationalität. Systemrationalität schliesst eine intensive Beteiligung aller an den politischen Entscheidungsprozessen aus, Menschlichkeit dagegen fordert diese intensive Beteiligung, damit Systemrationalität nicht in den Dienst "unmenschlicher" Ziele oder von Minderheitsinteressen gestellt wird, sondern sich an den Bedürfnissen der Basis orientiert. Gerade in einer komplexen Gesellschaft ist die Beteiligung wichtig, weil in derartig unübersichtlichen Strukturen die Gefahr "einseitiger" Selektivität des Systems besonders gross ist. Wirft man, wie Luhmann, die beiden Ziele Systemrationalität und Menschlichkeit in einen systemtheoretischen Topf, dann verstellt man sich den Blick für ein Kernproblem, vor das sich eine "humane", an den menschlichen Bedürfnissen ausgerichtete Demokratie in einer komplexen Gesellschaft gestellt sieht: wie sind die beiden Ziele Systemrationalität, die intensive Partizipation im politischen System ausschliesst, und Menschlichkeit, die intensive Partizipation fordert, miteinander in Einklang zu bringen?

Man braucht weder die neomarxistische noch die Luhmann'sche Interpretation der Funktion der Wahl (51) zu teilen, um zu erkennen, dass mit den traditionellen Institutionen der politischen Beteiligung das Problem der Bedürfnisberücksichtigung nicht gelöst werden kann. Es zeichnen sich jedoch andere Lösungen ab: die Institutionalisierung neuer Formen der Partizipation in wirtschaftlichen und sozialen Bereichen, die bisher weitgehend autokratisch strukturiert waren.

4. DIE NEUE CHANCE : TEILNAHME AN DER GESTALTUNG DER NAHUMWELT VON ARBEITSPLATZ UND ALLTAG

Die zunehmende Komplexität baut einerseits Hindernisse für die wirksame Wahrnehmung der politischen Partizipationschancen auf, andererseits schafft sie jedoch Freiräume für Teilnahme in anderen gesellschaftlichen Bereichen und übt teilweise "funktionalen Druck" in Richtung einer verstärkten Partizipation aus. Im folgenden sollen vier Entwicklungstendenzen kurz skizziert werden, die die Teilnahme an der Gestaltung von Arbeitswelt und Alltag ermöglichen.

4.1. Reduktion des Machtgefälles durch Arbeitsteilung:

Die zunehmende Arbeitsteilung verringert das Machtgefälle zwischen Organisationsspitzen und Organisationsbasis.

Die Organisationen der modernen Gesellschaft sind gekennzeichnet durch zunehmende funktionale Differenzierung. Die Teileinheiten der Organisationen sind spezialisiert und

nehmen unterschiedliche Aufgaben wahr. Neben die hierarchische, "skalare" Ueber- und Unterordnung tritt die Gliederung nach unterschiedlichen Aufgaben und entsprechenden unterschiedlichen Qualifikationen (52). Funktionale Differenzierung hat zur Folge, dass Untergebene immer häufiger über Qualifikationen verfügen, die der Vorgesetzte nicht besitzt. Dadurch nimmt die Bedeutung der unteren Teileinheiten für die Gesamtorganisation zu, und es entstehen auf den unteren Statusebenen Verhaltensfreiräume, die sich der konkreten Kontrolle "von oben" entziehen. Die formalen Kontrollchancen der Organisation über ihre unteren Teileinheiten werden geschmälert, die freiwillige Leistungserfüllung und die institutionellen Loyalitäten aller Organisationsmitglieder gewinnen an Gewicht (53). Dieser Strukturwandel wurde zunächst im militärischen Sektor beobachtet, er lässt sich jedoch auch in wirtschaftlichen Organisationen, in der Staatsbürokratie und im Bereich der Universität und Wissenschaft nachweisen (54). Hondrich interpretiert einen Teil dieses Vorgangs mit Recht als "Auf-Qualifizierung und damit originäre Machtsteigerung bisher untergeordneter Systemeinheiten" (55). Neben der Auf-Qualifizierung trägt auch der notwendig gewordene Abbau formaler Kontrollen zugunsten informeller Kontrollen und Verlass auf Loyalitäten zur Verringerung des Machtgefälles zwischen Spitze und Basis der Organisation bei.

4.2. Dezentralisierung als Folge von Komplexität

Komplexe Organisationen unterliegen einem Trend zur Dezentralisierung, der ihre Informationskapazität und Anpassungsfähigkeit erhöht.

Max Webers Theorem, dass die hierarchisch-bürokratische Struktur ein Maximum an Rationalität und Leistung garantiere, trifft für komplexe Grossorganisationen in einer dynamischen Umwelt nicht mehr zu. Im Gegenteil: mit steigender Komplexität sinkt die Fähigkeit zentralisierter Kommunikationssysteme, Fehler zu entdecken, weil die Rückkopplung zwischen Sender und Empfänger nur sehr mangelhaft ausgebaut ist (56). Unfähigkeit zum Wandel (57), mangelnde Innovations- und Lernfähigkeit, Informationsschwäche, mangelnde Flexibilität und Reagibilität behindern zentralisierte Organisationen daran, sich den sich rasch wandelnden Umweltbedingungen anzupassen. "Der traditionelle hierarchische Rahmen kollidiert mit der komplexen Form der Aufgabenstellung". (58). Die Informationskapazität des "organisatorischen Wasserkopfes" (59) zentralisierter Organisationen reicht nicht aus, um optimale Entscheidungen zu fällen und höchstmögliche Zielverwirklichung zu erreichen. Die Informations- und Innovationsschwäche macht sich selbst dann geltend, wenn man nicht danach fragt, ob in die Zieldefinitionen der Organisation die Interessen der Basis einge-

gangen sind. Aus dieser Entwicklung muss auch ein Effizienzdenken, das in erster Linie von vorgegebenen Organisationszielen und nicht von den Bedürfnissen der Basis ausgeht, den Schluss ziehen, dass "die hierarchischen oder autoritären Führungssysteme zwangsläufig abgebaut werden" (60). Wandel des Führungsstils (kooperative Führung), Delegation der Verantwortung (eventuell nur bis in die mittlere Ebene des Managements) und eine damit erzielte Steigerung der Informationskapazität und Anpassungsfähigkeit der Organisation würde noch nicht bedeuten, dass auch die unteren Ebenen der Organisationen in stärkerem Masse partizipieren und ihre Werte und Bedürfnisse in die Entscheidungen einbringen. Die beiden im folgenden skizzierten Tendenzen deuten jedoch darauf hin, dass sich auch die strukturellen Voraussetzungen der Basis im Sinne grösserer Berücksichtigung ihrer Interessen verbessern.

4.3. Partizipation am Arbeitsplatz im Zuge steigender Mechanisierung:

Die Partizipation am Arbeitsplatz steigt an, weil die zunehmende Mechanisierung der Arbeitswelt Freiräume für die organisatorische Neugestaltung schafft und weil Demokratisierung am Arbeitsplatz unter bestimmten Bedingungen zur Leistungssteigerung beiträgt.

Auf den höheren Stufen der Mechanisierung erweitert sich der Spielraum für die organisatorische Gestaltung der Arbeitsplätze (61). Die Frage, wieviel Mitentscheidung den Arbeitenden über den konkreten Arbeitsprozess eingeräumt werden soll, ist nicht mehr allein durch die Sachzwänge der Technik bestimmt, sondern in steigendem Masse durch Wertgesichtspunkte, die bei der Arbeitsplatzgestaltung zugrundeliegen (Effizienz, Demokratisierung, Humanisierung). Erreicht die Mechanisierung die Phase der Vollautomation, so entstehen Arbeitsgruppen von relativ grosser Selbständigkeit und entsprechenden Kontrollbefugnissen (62).

Technologischer und organisatorischer Wandel verändern zudem die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitenden: "prozessungebundene" Qualifikationen wie technische Intelligenz, Rezeption und Sensibilität, Flexibilität sowie die Fähigkeiten zur eigenständigen Planung und Ausführung des Arbeitsablaufes gewinnen an Gewicht (63).

Eine Erweiterung der Partizipation wird auch vom Effizienzdenken her gefordert: die sozialpsychologisch orientierte Organisationswissenschaft hat den Zusammenhang von Mitwirkungschance und Leistungsmotivation nachgewiesen. Eine Erweiterung des Tätigkeitsbereiches (job enlargement) und ein Mehr an individueller Verantwortung

und Autonomie erhöhen die Arbeitszufriedenheit, das persönliche Engagement und damit auch die Produktivität (64). Die Leistungen steigen, wenn soziale Unterschiede zwischen Vorgesetzten und Untergebenen abgebaut und die Mitentscheidung der Arbeitnehmer über Produktionsziel und Arbeitsbedingungen ausgebaut werden. Der Zusammenhang von Partizipation und Leistungssteigerung gilt allerdings nur, wenn keine zu grossen Zielkonflikte vorhanden sind, wenn die Partizipierenden nicht über- oder unterfordert werden und wenn die Mitwirkung keine entscheidenden Bedürfnisversagungen anderer Art fordert (65).

Die technische Entwicklung erhöht die Souveränität am Arbeitsplatz und verlangt vom Arbeitnehmer mehr Autonomie und Eigenverantwortlichkeit. Das Effektivitätsprinzip erfordert einen Ausbau der Mitwirkungschancen innerhalb der Arbeitsgruppen. Die Organisationen sind also gezwungen, zumindest auf die Wünsche und Bedürfnisse ihrer Mitglieder im Hinblick auf die Arbeitsverhältnisse in den Grundeinheiten der Arbeitssysteme Rücksicht zu nehmen.

4.4. Demokratische Legitimation bei Innovationsentscheidungen und Gesellschaftsplanung:

Innovationsentscheidungen in Organisationen und die Gesellschaftsplanung bedürfen der demokratischen Legitimation, wenn sie ihre Erfolgschancen nicht gefährden wollen.

Ein "funktionaler Druck" zur Partizipation zeichnet sich dort ab, wo Organisationen bei der Einführung von Neuerungen und wo staatliche Bürokratien bei der Durchsetzung von Planungsvorhaben auf die Folgebereitschaft der Menschen angewiesen sind, die von diesen Entscheidungen betroffen werden. Innovationen lassen sich ohne Beteiligung der Betroffenen häufig nur bei einer Leistungsminderung der Organisation oder überhaupt nicht durchsetzen, weil die Interessen der Betroffenen entweder unberücksichtigt oder unaufgeklärt bleiben. Partizipation dagegen kann zur Leistungssteigerung führen (67). Dasselbe gilt für die Planungsentscheide der staatlichen Bürokratie: sie sind, wollen sie ihre Erfolge nicht durch den Widerstand oder die Apathie der Bevölkerung gefährden, auf demokratische Legitimation angewiesen (68).

Die vier skizzierten Entwicklungstendenzen zeigen, dass der technische und sozialstrukturelle Wandel die Voraussetzungen für eine Partizipation an der Basis der Herrschaftsorganisationen verbessert. Die Bedeutung der Teilnahmechancen am Arbeitsplatz und bei der Gestaltung der Alltagsumwelt kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. In diesen überschaubaren Bereichen kann der einzelne Partizipation direkt und anschaulich erfahren - die demokratischen Formen der Konfliktregelung, die Auswirkungen seiner Mitwirkung auf seine

Arbeits- und Lebensbedingungen. Demokratische Sozialisation - die Entstehung des Bedürfnisses nach Teilnahme und der dafür erforderlichen Verhaltensweisen - vollzieht sich durch Partizipation in der Nah-Umwelt von Arbeit und Alltag eher als durch Partizipation in abstrakten Herrschaftssystemen. Für den Bürger hat sich gleichzeitig die Chance erhöht, seine Bedürfnisse in Hinblick auf zwei für ihn wesentliche Lebensbereiche in die Herrschaftsentscheidungen einzubringen und Fremdbestimmung in diesen Sektoren abzubauen, wenn auch die Möglichkeiten des Missbrauchs von Teilnahme zu fremden Zwecken nicht übersehen werden dürfen (69). Da sich die Mitbestimmung in der Nah-Umwelt jedoch auf Probleme erstreckt, die dem direkten Erfahrungsbereich der Partizipierenden entstammen und da die Auswirkungen der Entscheidungen direkt spürbar werden, ist die Manipulationsgefahr geringer als bei der Teilnahme in abstrakten Systemen.

Die Teilnahme in der Nah-Umwelt darf jedoch nicht als ein echter Ersatz für ein Partizipationsdefizit im politischen System angesehen werden. Eine Bedürfnisvermittlung, die die übergreifenden Herrschaftszusammenhänge erreichen soll, bedarf der Ergänzung durch Teilnahme an den Zielen und Entscheidungen der Gesamtorganisationen. Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist kein Ersatz für Mitbestimmung auf Betriebs- oder Unternehmensebene. Mitbestimmung beim Bau einer Parkgarage ist kein Ersatz für Mitbestimmung bei der Gesamtkonzeption der Stadt- und Regionalplanung. Partizipation in Teilbereichen muss nicht notwendigerweise die übergeordneten Herrschaftszusammenhänge berühren, ja, sie kann dazu missbraucht werden, von der Teilnahme an übergreifenden Herrschaftssystemen abzulenken. Partizipation im kleinen kann als demokratisches Mäntelchen für Manipulation im grossen dienen. Das Dilemma der Partizipation in komplexen Gesellschaften besteht darin, dass bei der Bedürfnisvermittlung in Zwischenbereich zwischen Nah-Umwelt und politischem System strukturbedingte Entfremdungstendenzen auftreten, die denjenigen im politischen System ähneln.

Es wäre eine soziologische Ueberziehung der Argumentation, wollte man aus der Umverteilung der Macht, den Dezentralisierungstendenzen der Organisationen, der steigenden Autonomie am Arbeitsplatz und den Ansätzen zur Demokratisierung der Planung einen sozialstrukturellen Zwang zu einem Mehr an Partizipation ableiten. Diese Tendenzen zeigen lediglich, wo und wie Partizipation unter den Bedingungen der komplexen Gesellschaft möglich ist. Ob sie dann auch allgemein wirklich wird, hängt u.a. davon ab, inwieweit das Bewusstsein von diesen Möglichkeiten und der Wille zu ihrer Durchsetzung in die politische Praxis eingehen. Daher darf eine Anpassung der klassischen Demokratie-Idee an die modernen Verhältnisse nicht darin bestehen, dass man ihren normativen Kern elitär, technokratisch oder systemrationalistisch reduziert. Es gilt vielmehr, Demokratie nicht als aus-

schliesslich politisches, sondern als gesellschaftliches Phänomen zu begreifen und dort zu verwirklichen, wo ihr zwar viele politische, aber wenig strukturelle Hindernisse im Wege stehen: in der Produktion, in der Bürokratie, im Bildungssystem, im Alltag.

ANMERKUNGEN

1. Nie, Powell, Prewitt, 1969, S. 808
2. Lerner, 1958, S. 64
3. Deutsch, 1961; Nettle, 1967; Pye, 1966
4. Nie u.a., 1969
5. Zusammenfassend Milbrath, 1965; Narr/Naschold, 1971, S. 164-203.
6. Vg. Berelson, 1960
8. Lipset, 1962, S. 31-41, 218.
9. Empirisches Material zum Rückgang der Wahl- und Simmbeteiligung bei Neidthardt, 1970, S. 67/68 (Bundesebene); Girod/Ricq, 1969 (Kanton Genf); Geissler, 1974 (Kantone Basel-Stadt und Baselland)
10. Lediglich kleinere Splitterparteien haben keinen Vertreter in der Regierung. Diese "Proporzdemokratie" existiert auf Bundesebene und in ähnlicher Form auch in den meisten Kantonen.
11. Dazu ausführlich Neidhardt, 1970.
12. Der empirische Nachweis für den Zusammenhang von zunehmender Interventionstätigkeit des Staates und abnehmender Stimmbeteiligung bei Geissler, 1974.
13. Dahl, 1961; Milbrath, 1965, S. 128 ff; Nie u.a., 1969, S. 367.
14. Tingsten, 1937; Girod/Ricq, 1969 und 1970; Trappe, 1972.
15. Geissler, 1974
16. Auch in Studien über die BRD (Faul, 1966), Frankreich (Tarrow, 1971) und Japan (Richardson, 1973) wurde auf dem Lande eine höhere Partizipationsrate festgestellt als in den Städten. Vgl. auch Karlsson, 1958; Valen/Katz, 1964; Johnson, 1971; Robinson/Standing, 1960;
17. Zum Problem der Reduktion vom Komplexität in der politischen Basiskommunikation s. Geissler, 1973b, S. 81-83.
18. Vgl. Girod/Ricq, 1970, S.77f.
19. Vgl. Girod/Ricq, 1970
20. Verba, 1967, S. 54
21. Mills, 1962, S. 349

22. Habermas, 1965

23. Wir beschränken uns im folgenden auf eine kurze Skizze einer Variante der Kapitalismuskritik, die vor allem von Offe und Habermas vertreten wird. Sie hebt sich von anderen Varianten, z.B. der Theorie des "staatsmonopolistischen Kapitalismus" durch die Benutzung differenzierterer Kategorien ab, die die komplexen Verhältnisse besser einfangen und weniger vergröbern.

24. Zu diesem Begriff vgl. Offe, 1972, S. 7-25

25. In der Schweiz zusätzlich durch Abstimmungen.

26. Offe, 1972, S. 113

27. Offe, 1972, S. 94

28. Offe, 1972, S. 59

29. Habermas, 1973, S. 54

30. Dazu Habermas, 1965, S. 186ff.; Offe, 1969, S. 166; Offe, 1972; Holzer, 1971, S. 119ff.

31. Habermas, 1968, S. 77; Habermas, 1973, S. 55f.

32. Dazu vor allem Bachrach, 1970

33. Zimpel, 1972, stellt diesen Reduktionsprozess in der bürgerlichen Demokratie-Theorie am ausführlichsten dar.

34. Mills, 1962, S. 339, 343

35. Habermas, 1965, S. 252f., 265f.

36. Geissler, 1973a, S. 99ff.; Geissler, 1973c

37. Offe, 1972, S. 114ff.

38. Hondrich, 1970, S. 239. Vgl. auch Hondrich, 1972 und Hondrich, 1973, S. 135

39. Dieser Aspekt der Komplexität wird vor allem von Luhmann, 1969, S. 141-150 hervorgehoben.

40. Mlinar/Teune, 1972, S. 114

41. Schelsky, 1965, S. 456.
Zur Technokratie-Diskussion vgl. Habermas, 1968, S. 120-145; Stück, 1971; Offe, 1972, S. 107-122.

42. Schelsky, 1973, S. 53ff.

43. Luhmann, 1969b, S. 153

44. Luhmann, 1969b, S. 173

44a. Luhmann, 1969a

45. Vgl. Kap. 1.2.

46. Neidhardt, 1970, S. 294, 318

47. Oules, 1971, S. 257

48. Steiner, 1971, S. 150/1

49. Die Entstehung der "Verhandlungsdemokratie" wird bei Neidhardt, 1970, nachgezeichnet.

50. Luhmann, 1969a: "Demokratie heisst demgegenüber Erhaltung der Komplexität trotz laufender Entscheidungsarbeit, Erhaltung eines möglichst weiten Selektionsbereiches für immer wieder neue und andere Entscheidungen. Darin hat Demokratie ihre Rationalität und ihre Menschlichkeit: ihre Vernunft."

51. Luhmann, 1969b, S. 155-173

52. Mayntz, 1963, S. 108/09; Burisch, 1969, S. 93

53. Simon, 1952; Offe, 1970, S. 21-31

54. Vgl. z.B. die "Verselbständigung" der Assistenten.

55. Hondrich, 1972, S. 54

56. Ziegler, 1968, S. 94ff.

57. Crozier, 1968

58. Gronemeyer, 1973, S. 51

59. Narr/Naschold, 1971, S. 159.

60. Lilienstern; Der Einfluss neuer Informations- und Entscheidungssysteme auf das Management der Zukunft, in: Zs. für Organisation, 40/1971, zitiert nach Gronemeyer, 1973, S. 89. Vgl. auch Gronemeyer, 1973, S. 105/106 und Narr/Naschold, 1971, S. 159/60.

61. Autorenkollektiv, 1973, S. 58, 60, 63/4

62. Mallet, 1972; Fürstenberg, 1973, S. 179.

63. Kern/Schuhmann, 1970, S. 66-68

64. Hillmann, 1970; Thorsrud, 1973. Zusammenfassend Katz/Kahn, 1966, S. 463; Fürstenberg, 1973, S. 175; Hondrich, 1972, S. 19-37

65. Hondrich, 1972, S. 36

66. Beispiele bei Naschold, 1969, S. 85-93

67. Golembiesky, Small Groups and Large Organizations, 1965, zitiert bei Gronemeyer, 1973, S. 58/9

68. Verba, 1967; Naschold, 1972; Offe, 1972; Gronemeyer, 1973, S. 145-207

69. Zur Pseudo-Humanisierung der Arbeitswelt vgl. Vilmar, 1973, S. 24. Zur Pseudo-Partizipation bei der Stadtplanung vgl. Gronemeyer, 1973, S. 190ff.

BIBLIOGRAPHIE

Autorenkollektiv, 1973: Berufliche Sozialisation und gesellschaftliches Bewusstsein jugendlicher Erwerbstätiger, Frankfurt.

Bachrach P., 1970: Die Theorie demokratischer Eliteherrschaft, Frankfurt.

Berelson B., 1960: Communications and Public Opinion, in: W. Scharamm (Hg.), Mass Communications, Urbana u.a., S. 527-543.

Burisch W., 1969: Industrie- und Betriebssoziologie, Berlin.

Crozier M., 1968: Der bürokratische circulus vitiosus und das Problem des Wandels, in: R. Mayntz (Hg.), Bürokratische Organisation, Köln/Berlin.

Dahl R.A., 1967: The City in the Future Democracy, in: American Political Science Review, 61.

Deutsch K.W., 1961: Social Mobilization and Political Development, in: The American Political Science Review, 55, S. 493-515.

Faul E., 1966: Das Wahlverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen bei der Bundestagswahl 1965, in: Wirtschaft und Statistik, 3, S. 165-172.

Fürstenberg F., 1973: Die Bedeutung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz für die industrielle Demokratie, in: F. Vilmar (Hg.), Menschenwürde im Betrieb, Reinbek, S. 171-182.

Geissler R., 1973a: Massenmedien, Basiskommunikation und Demokratie. Tübingen.

Geissler R., 1973b: Politische Meinungsführer und Demokratie, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 13, S. 67-86.

Geissler R., 1973c: Politische Bewusstseinsbilding durch Massenmedien. Zur Rolle der Massenmedien bei der politischen Sozialisation, in: Vorgänge Heft 6, S.30-50.

Geissler R., 1974: Einige Auswirkungen sozialen Wandels auf die politische Teilnahme. Anmerkungen zur Partizipationskrise in der Schweiz, in: Schweiz. Gesellschaft für Soziologie (Hg.), Beiträge zur soziologischen Analyse der Schweiz, Genève, S. 137-149.

Girod R., Ricq Ch., 1969: Géographie de l'abstentionnisme à Genève. Genève.

Girod R., Ricq Ch., 1970: Microsystèmes sociaux de l'abstentionnisme électoral à Genève, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 10, S. 71-90.

Gronemeyer R., 1973: Integration durch Partizipation? Arbeitsplatz/Wohnbereich: Fallstudien, Frankfurt.

Habermas J., 1965: Strukturwandel der Oeffentlichkeit, Neuwied/Berlin.

Habermas J., 1968: Technik und Wissenschaft als 'Ideologie'. Frankfurt.

Habermas J., 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt.

Hillmann G., 1970: Die Befreiung der Arbeit. Die Entwicklung kooperativer Selbstorganisation und die Auflösung bürokratisch-hierarchischer Herrschaft, Reinbek.

Holzer H., 1971: Gescheiterte Aufklärung? Politik, Oekonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland, München.

Hondrich K.-O., 1970: Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Konflikte und politische Freiheiten. Frankfurt.

Hondrich K.-O., 1972: Demokratisierung und Leistungsgesellschaft. Stuttgart u.a.

Hondrich K.-O., 1973: Theorie der Herrschaft. Frankfurt.

Johnson G.W., 1971: Research Note on Political Correlates of Voter Participation: A Deviant Case Analysis, in: The American Political Science Review, 65, S.768-776.

Karlsson G., 1958: Voting Participation among Male Swedish Youth, in: Acta Sociologica, 3, S. 98-111.

Katz D., Kahn R.L., 1966: The Social Psychology of Organisation. New York.

Kern H., Schumann M., 1970: Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein. Frankfurt.

Lerner D., 1958: The Passing of Traditional Society. New York.

Lipset S.M., 1962: Soziologie der Demokratie, Neuwied/Berlin.

Luhmann N., 1969: Komplexität und Demokratie, in: Politische Vierteljahresschrift, 10/1969, S. 314-325.

Luhmann N., 1969: Legitimation durch Verfahren. Neuwied/Berlin.

Mallet S., 1972: Die neue Arbeiterklasse. Neuwied.

Mayntz R., 1963: Soziologie der Organisation. Reinbek.

Milbrath L.W., 1965: Political Participation. Chicago.

Mills Ch.W., 1962: Die amerikanische Elite, Hamburg.

Mlinar Z., Teunr H., 1972: Development and Participation, in: Participation and Self-Management, Vol. 2, Zagreb, S. 114-136.

Narr W.D., Naschold F., 1971: Theorie der Demokratie, Stuttgart u.a.

Naschold F., 1969: Organisation und Demokratie, Stuttgart u.a.

Neidhardt L., 1970: Plebiszit und pluralitäre Demokratie. Eine Analyse der Funktion des schweizerischen Gesetzesreferendums. Bern.

Nettl J.P.: Political Mobilization, New York.

Nie N.H., Powell G.B., Prewitt K., 1969: Social Structure and Political Participation, in: The American Political Science Review, 63, S. 361-379, und 808-832.

Offe Cl., 1969: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen, in: G. Kress/D. Senghaas (Hg.), Politikwissenschaft, Frankfurt, S. 155-189.

Offe Cl., 1970: Leistungsprinzip und industrielle Arbeit. Frankfurt.

Offe Cl., 1972: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Frankfurt.

Oules F., 1971: La démocratie économique à la lumière des faits. Bd. III, Bruxelles.

Pye L.W., 1966: Aspects of Political Development. Boston-Toronto.

Robinson J.A., Standing W.H., 1960: Some Correlates of Voter Participation: The Case of Indiana, in: Journal of Politics, 22, S. 96-111.

Schelsky H., 1965: Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, in: ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit. Düsseldorf.

Schelsky H., 1973: Systemüberwindung, Demokratisierung, Gewaltenteilung. München.

Simon H.A., 1952: Decision Making and Administrative Organization, in: R.K. Merton (Hg.), Reader in Bureaucracy, New York, S. 185-194.

Steiner J. (Hg.), 1971: Das politische System der Schweiz. München.

Stück H., 1971: Die deutsche Technokratie-Diskussion, in: J. Meynaud (Hg.), Spekulationen über die Zukunft. München.

Tarrow S., 1971: The Urban-Rural Cleavage in Political Involvement: The Case of France, in: The American Political Science Review, 65, S. 341-357.

Thorsrud E., 1973: Demokratisierung der Arbeitsorganisationen. Einige konkrete Methoden zur Neustrukturierung des Arbeitsplatzes, in: F. Vilmar (Hg.), Menschenwürde im Betrieb. Reinbek, S. 117-132.

Tingsten H., 1937: Political Behavior: Studies in Election Statistics. London.

Trappe P. (Hg.), 1972: Partizipation und Abstinenz. Eine Untersuchung zum politischen Verhalten der Stimmbürger im Kanton Basel-Landschaft. Maschinenschrift Basel. (Autoren des Untersuchungsberichtes: E. Buser, M. Degen, R. Fahrni, R. Geissler, M.-Th. Schleiniger, K. Schrape, E. Stalder, P. Trappe).

Valen H., Katz D., 1964: Political Parties in Norway. London.

Verba S., 1967: Democratic Participation, in: The Annals of the American Academy of political and social science, S. 53-78.

Vilmar F. (Hg.), 1973: Menschenwürde im Betrieb. Reinbek.

Ziegler R., 1968: Kommunikationsstruktur und Leistung sozialer Systeme. Meisenheim.

Zimpel G., 1972: Selbstbestimmung oder Akklamation? Stuttgart.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Studie untersucht die Frage, ob sich im Zuge der sozioökonomischen Entwicklung in den westlichen Demokratien die sozialstrukturellen Voraussetzungen für den Einfluss der Bevölkerung auf die Entscheidungen der Herrschaftsträger verbessert oder verschlechtert haben. Es lassen sich drei sozialwissenschaftliche Ansätze zur Analyse des Zusammenhanges von sozioökonomischer Entwicklung und Partizipation unterscheiden, die zu unterschiedlichen Thesen führen.
1) Die These des empirisch-analytischen Ansatzes: Der Industrialisierungsprozess begünstige die demokratische Partizipation der breiten Bevölkerung. Am abweichenden Fall der Schweiz lässt sich die mangelnde theoretische Kapazität dieses Ansatzes zeigen. Zudem verwendet dieser Ansatz einen "behavioristisch" verkürzten Partizipationsbegriff.
2) Die These der Kapitalismuskritik: Im Spätkapitalismus verwandle sich Partizipation in manipulierte Akklamation. Dieser Ansatz übersteigert partizipationshemmende Tendenzen und unterschätzt vorhandene Partizipationsmöglichkeiten. Er vernachlässigt zudem Probleme, die mit dem allgemeinen Differenzierungsprozess komplexer Gesellschaften zusammenhängen. 3) Die zunehmende Komplexität der Gesellschaft hat ambivalente Folgen für die Partizipation: die

wachsenden Verflechtungen sich ausdifferenzierender Systeme, die zunehmenden Staatsinterventionen, die Verwissenschaftlichung des politischen Handelns bauen einerseits Hindernisse für eine einsichtige Teilnahme aller Bürger an den politischen Entscheidungen auf; andererseits eröffnet der strukturelle Wandel neue Teilnahmechancen bei der Gestaltung der Nah-Umwelt von Arbeitsplatz und Alltag, die allerdings erst politisch durchgesetzt werden müssen.

Rainer Geissler
Hochschule der Bundeswehr Hamburg
Holstenhofweg 85
D-2000 Hamburg 70